

E 177-NR/XXII. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 30. März 2006

betreffend Vorrang für Beschäftigung und Wachstum – Klare Beschlüsse beim Europäischen Rat 23. und 24. März 2006

Der Nationalrat begrüßt die zukunftsorientierten und richtungweisenden Ergebnisse des Europäischen Rates vom 23. und 24. März 2006 und ersucht die Bundesregierung,

- Beschäftigung und Wachstum weiterhin Priorität einzuräumen, für die konsequente Umsetzung der beschlossenen Ziele einzutreten, um in Europa jährlich 2 Millionen und bis 2010 insgesamt 10 Mio. Arbeitsplätze zu schaffen und um die Beschäftigungs- bzw. Ausbildungsgarantie für Jugendliche so rasch als möglich umzusetzen, und – auch wenn Österreich schon jetzt hinsichtlich Beschäftigung auch der Jugend einen Spitzenplatz in Europa einnimmt – die konsequente Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik fortzuführen;
- der Förderung des sozialen Zusammenhalts, insbesondere im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Solidarität zwischen den Generationen, der Förderung der Gesundheit, Chancengleichheit und des lebenslangen Lernens so wie bisher einen sehr hohen Stellenwert zukommen zu lassen;
- die nunmehr auch auf europäischer Ebene gelungene Verankerung des Schwerpunktes für Kleine und Mittlere Unternehmen zur vollen Entfaltung des Wachstums-, Beschäftigungs-, Innovations- und Exportpotenzials dieser Unternehmen auch in Österreich entschlossen zu nützen und die investitionsfördernde und arbeitsplatzsichernde bzw. -schaffende Politik sowie den mit der Steuerreform eingeschlagenen Weg einer Vereinfachung des Steuersystems und steuerlichen Entlastung mit dem Ziel der Absenkung der Abgabenquote bis 2010 auf unter 40 Prozent konsequent fortzusetzen;
- das gemeinsame Ziel, eine Forschungsquote von 3% bis 2010 zu erreichen, aktiv und durch innerstaatliche Maßnahmen zu unterstützen;
- in der Energiepolitik weiterhin die zukunftsorientierte österreichische Position, die auf Energieeinsparung und auf erneuerbare Energieträger setzt, zu vertreten und die österreichischen Anti-Atompolitik konsequent weiterzuverfolgen;
- die verstärkte Einbindung der Sozialpartner in die politischen Entscheidungsprozesse, auf europäischer Ebene weiter zu entwickeln.